



Europa-Info-Mail

für das Münsterland. Oktober 2009

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Nun geht es los. Meine zweite Wahlperiode beginnt. Danke für die bisherige Zusammenarbeit und die wirklich großartige Unterstützung im Wahlkampf.

Auch in der Periode 2009 bis 2014 werde ich meinen Schwerpunkt auf die Regionalpolitik legen. Ich freue mich darauf, die Reformen die Strukturpolitik als stellvertretender Vorsitzender des Regionalausschusses mitgestalten zu dürfen. Klar, dass NRW und unser Münsterland dabei in meinem Fokus bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit ist die Unterstützung des Mittelstandes vor allem in Fragen des Bürokratieabbaus. Neben dieser Arbeit im Industrieausschuss engagiere ich mich im Ausschuss für Haushaltskontrolle und werde mich hier für mehr Transparenz in der Verwendung der Struktur Gelder einsetzen. Schließlich gehören Landwirtschaft und jagdliche Belange zu meinen Haupt-Aufgaben. Als "Vizepräsident" der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe "Nachhaltige Jagd, ländliche Entwicklung und Wald" kann ich die Belange der ländlichen Regionen gut aufgreifen.

Mit dem Lissabon-Vertrag wird das Europäische Parlament endlich auf gleicher Augenhöhe mit dem Rat der Nationalregierungen agieren. Der neue Vertrag macht die Entscheidungen transparenter und wird der europäischen Idee neuen Schwung verleihen. Dass Europa dabei nicht abhebt, dafür sorgt das ebenfalls im Vertrag garantierte Selbstverwaltungsrecht der Regionen. In der Wahrung dieses Subsidiaritätsprinzips sehe ich ebenfalls einen Schwerpunkt meiner Arbeit (s. Thema des Monats).

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland. Oktober 2009

Dr. Markus Pieper, MdEP



Inhaltsverzeichnis

Thema des Monats	Seite 3
_Lissabon und ein Wächter des Subsidiaritätsprinzips	
Aus den europäischen Institutionen	Seite 4
_Barroso als Präsident der Kommission bestätigt	Seite 4
_Irisches Referendum & polnische Unterschrift	Seite 4
_Kommission: Finanzaufsicht in Europa	Seite 4
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	Seite 5
_Verlängerung der Aufkaufhilfen für Butter und Milchpulver	Seite 5
_Maßnahmen der Kommission zur Überwindung der Milchkrise	Seite 5
_Kommission fordert GAP Gelder zurück	Seite 5
_Undurchsichtige Kontogebühren in der EU	Seite 6
_Internethändler ziehen Verbraucher über den Tisch	Seite 6
_Datenbank mit Beispiel zur Einhaltung des Umweltrechts	Seite 6
Wirtschaft, Energie und Verkehr	Seite 7
_Ungleichgewicht bei Energiesicherheit verhindern	Seite 7
_EU - Dienstleistungsrichtlinie	Seite 7
_Günstige Darlehen für umweltfreundliche Produkte	Seite 7
_Verschärfung des Gewährleistungsrechts diskutiert	Seite 8
EU-Erweiterung	Seite 9
_EU - Fonds Freigabe in Bulgarien	Seite 9
_Beitrittsverhandlungen mit Kroatien angekündigt	Seite 9
Kommunales	Seite 10
_Umweltschutz im kommunalen Bereich	Seite 10
_Energieförderprogramm für Städte	Seite 10
_Beihilfe-Leitlinien für Breitbandausbau	Seite 10
Förderung und Termin	
_"Jugend in Aktion"	Seite 11
_Übersicht über Kulturförderung der EU	Seite 11
_Zur Zukunft der Förderpolitik: Barca-Bericht	Seite 11
Regionales	
_Arbeit für das Münsterland	Seite 12
_Zu Besuch in Straßburg und Brüssel	Seite 12
Zu guter Letzt	
_Europäische Statistiken	Seite 13

Thema des Monats

Lissabon und ein Wächter des Subsidiaritätsprinzips

Gerade in Zeiten der schweren Wirtschaftskrise darf die notwendige Reform der Europäischen Union nicht weiter hinausgezögert werden. Der Vertrag von Lissabon verbessert die Arbeit der Europäischen Institutionen und macht Europa in der Wirtschaftskrise handlungsfähiger. Darüber hinaus wird die Europäische Union durch den Lissabonvertrag demokratischer. Das Europäische Parlament wird gestärkt und den Bürgern Europas mehr Mitsprache gegeben. Durch die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen macht er die Arbeit der europäischen Institutionen effizienter, während zugleich die EU insgesamt transparenter wird.

In diesem Sinne soll auch der Regionalausschuss des Europaparlaments neue Kompetenzen erhalten. Das hat jetzt der "Europäische Dachverband der überkommunalen Gebietskörperschaften" CEPLI gefordert. In einem Schreiben an den Präsidenten des Parlaments Jerzy Buzek und die Ausschussvorsitzenden fordert CEPLI eine Aufwertung des Ausschusses als "Wächter des Subsidiaritätsprinzips".

Auch ich unterstütze die Forderung der europäischen Kommunen nachdrücklich. Regionalpolitik ist eben nicht nur Strukturförderung sondern auch Querschnittsaufgabe. Mit dem Vertrag von Lissabon wird das Recht der Regionen auf Selbstverwaltung gestärkt. Anstehende EU-Gesetzgebung muss deshalb noch stärker auf die Frage hin überprüft werden, ob überhaupt europäische Lösungen erforderlich sind. Dies gilt etwa für die von der künftigen spanischen Ratspräsidentschaft bereits angekündigte Neuauflage der Bodenschutzrahmenrichtlinie.

Neben diesen Grundsatzfragen muss der Regionalausschuss aber auch stärker die regionalen Wirkungen der EU-Gesetzgebung aufzeigen. Fast alle EU-Vorgaben haben eine regionale Dimension. Beispielhaft sind hier die neuen EU-Vorgaben für Energieeffizienz, anstehende Änderungen im Ausschreibungswesen oder die Reformen in der Agrarpolitik. Bislang darf der Ausschuss dazu jedoch kaum Stellung beziehen, geschweige denn mitentscheiden. Dies kritisiere ich sehr offensiv, und werde deswegen auch für die Idee des Dachverbandes der europäischen Gebietskörperschaften in den entsprechenden Parlamentsgremien werben.

Aus den Europäischen Institutionen

Barroso als Präsident der Europäischen Kommission bestätigt

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, ist am 16. September von den europäischen Abgeordneten mit 382 Ja- und 219 Neinstimmen bei 117 Enthaltungen für ein neues Mandat von fünf Jahren wiedergewählt worden. Er hat damit die absolute Mehrheit erhalten und seine unangefochtene Wahl öffnet den Weg für die Designierung des Kommissarenkollegs nach dem irischen Referendum am 2. Oktober.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-60584-257-09-38-901-20090911IPR60583-14-09-2009-2009-false/default_de.htm

Irishes Referendum & polnische Unterschrift

Mit dem Ja-Votum von deutlich über 50 Prozent der insgesamt 2,8 Millionen stimmberechtigten irischen Bürgerinnen und Bürger und der Unterschrift von Polens Präsident Kaczynski, ist die Europäische Union bei dem inzwischen seit neun Jahren laufenden Reformprozess nach dem Vertrag von Nizza nahezu am Ziel. Als letzter Mitgliedsstaat muss nur noch Tschechien den Vertrag von Lissabon ratifizieren. Der Lissabonner Vertrag macht die Europäische Union demokratischer, transparenter und versetzt sie in die Lage, schneller und effizienter zu handeln. Dies ist angesichts der bestehenden Herausforderungen, wie bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, notwendiger denn je.

Der Vertrag von Lissabon auf einem Blick:

http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm

Kommission: Finanzaufsicht in Europa

Die Europäische Kommission hat ein wichtiges Paket von Legislativentwürfen angenommen, um die Beaufsichtigung des Finanzsektors in Europa erheblich zu verschärfen. Die Vorschriften sollen die Zusammenarbeit verbessern helfen, um die Stabilität der Finanzmärkte in der gesamten EU nachhaltig zu stärken, die kohärente Anwendung und Durchsetzung derselben grundlegenden technischen Regeln sicherzustellen, Systemrisiken frühzeitig zu erkennen, in Notfällen erheblich wirksamer gemeinsam handeln zu können und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Aufsichtsbehörden beizulegen. Mit den Rechtsvorschriften wird ein neuer Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) eingesetzt, dessen Aufgabe darin besteht, Risiken für das Finanzsystem als Ganzes zu erkennen. Ferner wird ein Europäisches System für die Finanzaufsicht (ESFS) geschaffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1347&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Verlängerung der Aufkaufhilfen für Butter und Magermilchpulver

Die europäischen Abgeordneten haben am 17. September der Verlängerung der Aufkaufhilfe für Butter und Magermilchpulver bis mindestens Februar nächsten Jahres zugestimmt. Sie haben die Europäische Kommission dazu aufgerufen, mehr zu handeln, um die mittel- und langfristigen Probleme im Milchsektor zu lösen. Dazu examiniert die Kommission die Möglichkeit, einen EU-Milchfonds mit einem Budget von 600 Millionen EUR zu schaffen, um den Produzentenorganisationen zu helfen und die landwirtschaftlichen Betriebe zu modernisieren.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-60696-257-09-38-904-20090915IPR60695-14-09-2009-2009-false/default_de.htm

Weitere Maßnahmen der EU - Kommission zur Überwindung der Milchkrise

Die europäische Kommissarin für Landwirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung, Mariann Fischer Boel, hat am 17. September weiterhin die Details der laufenden europäischen Kampagne enthüllt, die den Bauern dabei helfen soll, die Milchkrise zu überwinden. Das Maßnahmenpaket setzt auf Initiativen, die gleichzeitig kurz- und langfristig sind, inklusive einer Übergangshilfe von 15.000 EUR für Bauern. Die Kommissarin bietet ebenfalls eine Notfallklausel an, die den gesamten Milchsektor abdecken, um eine schnellere Antwort im Falle von Marktverzerrungen zu erlauben. Sie sieht die Schaffung einer Expertengruppe vor, die die Vertragsbeziehungen zwischen den Bauern und der Milchindustrie untersuchen soll, um einen Bericht über die Nahrungsmittelkette und den Milchsektor zu erstellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1333&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission fordert von den Mitgliedstaaten GAP-Gelder in Höhe von 214,6 Mio. EUR zurück

Die Europäische Kommission hat beschlossen, EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 214,6 Mio. EUR, die von den Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden, wiedereinzuziehen. Die Gelder fließen aufgrund der Nichteinhaltung von EU-Vorschriften über die Agrarausgaben bzw. aufgrund von unzureichenden Kontrollverfahren in den Gemeinschaftshaushalt zurück. Die Mitgliedstaaten sind für die Auszahlung und Prüfung der Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zuständig, während sich die Kommission vergewissern muss, dass die Mitgliedstaaten die Mittel vorschriftsmäßig verwendet haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1375&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommissionsbericht kritisiert „undurchsichtige“ Kontogebühren

Bei der Privatkundenberatung in europäischen Kreditinstituten gibt es zahlreiche Probleme. In einem vorgelegten Bericht hat die EU-Kommission vor allem schwer verständliche Informationen und undurchsichtige Gebühren kritisiert. Der Bericht beschreibt die Preisstrukturen von Girokonten als „sehr undurchsichtig, so dass es für die Verbraucher nahezu unmöglich ist, zu wissen, welche Kosten ihnen entstehen, und verschiedene Angebote zu vergleichen“. Deutschland verzeichnet im europäischen Vergleich sehr hohe jährliche Grundgebühren sowie hohe Kreditkartengebühren, dafür aber sehr niedrige Kontogebühren.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8739_de.htm

Studie: Internethändler ziehen Verbraucher über den Tisch

Meglana Kuneva, die für Verbraucherpolitik zuständige EU-Kommissarin, hat am 9. September die Ergebnisse einer auf EU-Ebene durchgeführten Aktion vorgestellt, mit der im Internet-Handel für Verbraucherelektronik unlautere Geschäftspraktiken aufgespürt werden wollten. Die Aktion erstreckte sich auf 26 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island. 55 % der inspezierten Websites wiesen Regelverstöße wie irreführende Angaben über die Rechte des Verbrauchers, undurchsichtige Preisangaben und fehlende Detailangaben zur Identifizierung des Händlers auf. Die nationalen Behörden werden nun die betroffenen Händler auffordern, ihre Websites regelkonform umzugestalten. Falls sie sich weigern, können sie mit Geldstrafen belegt werden oder die Webseite geschlossen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1292&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Datenbank mit Beispielen zur Einhaltung des Umweltrechts

Mit derzeit 35 best-practice-Beispielen werden für kleine und mittlere Unternehmen die sechs wichtigsten Bereiche angesprochen: passive Informationsmedien (z. B. Websites, Kampagnen), aktive/direkte Unterstützung und Beratung (z. B. Helpdesks, Vor-Ort-Besuche), Schulungsprojekte, Netzwerke, wirtschaftliche Anreize sowie freiwillige Programme. Darüber hinaus können in der Datenbank Suchanfragen nach Land, Sektor und Art der Finanzierung durchgeführt werden.

http://ec.europa.eu/environment/sme/cases/case_study_de.htm

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Ungleichgewicht bei Energiesicherheit verhindern

Die europäischen Abgeordneten haben am 17. September eine Resolution angenommen, in der sie die Europäische Kommission auffordern, ihre Anstrengungen zu verstärken, um zukünftige Ungleichgewichte bei der Energiesicherheit zu verhindern und Frühwarnmechanismen zu überarbeiten, die sich bei der russisch-ukrainischen Gaskrise als ineffizient erwiesen haben. Darüber hinaus schlagen sie die Entwicklung einer europäischen Gaslagerungskapazität und die Verbesserung des Verbundsystems vor. Sie haben ihren Aufruf zu einer gemeinsamen Energieaußenpolitik unterstrichen und die Kommission gebeten, bei der Verhandlung des Abkommens des nächsten EU-Russland-Gipfels nicht den Schutz der Menschenrechte auf dem Altar einer gesicherten Energiepolitik zu opfern.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-60728-257-09-38-909-20090915IPR60724-14-09-2009-2009-false/default_de.htm

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist bis Ende 2009 auch in Deutschland fällig. Die Dienstleistungsrichtlinie sieht, u. a. die Einrichtung sogenannter "Einheitlicher Ansprechpartner" für Unternehmen vor, die in Deutschland gründen wollen. Die Idee des einheitlichen Ansprechpartners ist, so die DIHK, im Grunde ein willkommenes Prinzip des Bürokratieabbaus und der Vereinfachung von Unternehmensgründungen in Deutschland. Da jedoch die einzelnen Bundesländer die EU-Richtlinie eigenhändig umsetzen müssen, zeichnet sich ein uneinheitlicher "Flickenteppich" ab, der es für länderübergreifende Unternehmen sehr schwierig machen dürfte in Deutschland Fuß zu fassen.

<http://www.dihk.de/inhalt/informationen/news/meldungen/meldung011753.main.html>

Günstige Darlehen an Hersteller umweltfreundlicher Produkte sind zulässig

Mit dieser Entscheidung hat die Kommission eine Regelung Deutschlands bestätigt. Danach können Unternehmen, die in die Herstellung umweltfreundlicher Produkte investieren, auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene zinsvergünstigte Kredite erhalten. Der ermäßigte Zinssatz darf höchstens zwei Jahre lang gewährt werden. Es dürfen nur Unternehmen gefördert werden, die sich am 01.07.08 nicht in Schwierigkeiten befanden. Gefördert werden können insbesondere Produkte, die noch nicht geltende EU-Umweltschutznormen frühzeitig erfüllen oder sogar darüber hinausgehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1223&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Verschärfung des Gewährleistungsrechts diskutiert

Dabei geht es insbesondere auch um die Frage, wie lange Hersteller für fehlerhafte Produkte haften müssen. Bei der geltenden Zwei-Jahres-Produkthaftungsfrist handelt es sich um eine Minimalvorschrift, über das jeder EU-Staat nach Belieben hinausgehen kann. So müssen z.B. in den Niederlanden die Hersteller über die ganze Lebensdauer eines Produkts für Schäden haften und in Frankreich Handwerker zehn Jahre lang für versteckte Baumängel geradestehen. Im Rahmen einer Vollharmonisierung des EU-Verbraucherrechts wird nun eine Vereinheitlichung der nationalen Produkthaftungsfristen angestrebt. Nach Informationen des DIHT soll nach einem von der schwedischen Ratspräsidentschaft vorgelegten Zwischenbericht die Gewährleistungsfrist für mangelhafte Produkte auf 48 Monate angehoben werden, ein unmittelbarer Rücktritt vom Vertrag bei Sachmängeln innerhalb der ersten 15 Tage nach Übergabe möglich sein und die Zeit der Beweislastumkehr von zurzeit sechs auf 12 Monate ausgedehnt werden.

<http://www.dihk.de/print.php?url=/root/inhalt/themen/rechtundfairplay/news/meldung0384.html>

EU-Erweiterung

EU - Fonds Freigabe in Bulgarien

Die bulgarische Regierung hat am 11. September die Freigabe der europäischen Landwirtschaftshilfen begrüßt, welche von Brüssel auf Grund von Betrugsverdacht eingefroren waren. Beim ersten Besuch des neuen Premierministers Boiko Borrisov in Brüssel am 9. und 10. September hat die Europäische Kommission die Auszahlung von 109,6 Millionen EUR im Rahmen des Sapard-Programms autorisiert. Diese Geste ist "ein Ergebnis des politischen Willens unserer Regierung, die Korruption zu bekämpfen", hat der bulgarische Landwirtschaftsminister Miroslav Naidenov erklärt.

<http://www.bgnewsnet.com/story.php?lang=en&sid=24507>

EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien angekündigt

Der Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union rückt wieder näher. Die schwedische Ratspräsidentschaft kündigte an, eine Regierungskonferenz für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der EU für den 2. Oktober einzuberufen. Kroatien und Slowenien hätten sich darauf verständigt, im Grenzstreit mit Hilfe der Ratspräsidentschaft die Gespräche fortzusetzen, teilte der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt in einem Schreiben seiner kroatischen Amtskollegin Jadranka Kosor mit. Diese würden parallel zu den Beitrittsverhandlungen stattfinden. Beide Länder würden den Fall des umstrittenen Grenzverlaufs entweder an einen Vermittlungsausschuss weiterleiten oder ein bilaterales Abkommen abschließen.

<http://diepresse.com/home/politik/eu/507855/index.do?from=rss>

Kommunales

Broschüre zu Umweltschutzmaßnahmen im kommunalen Bereich

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. veröffentlichte die Broschüre "Umweltgerechtigkeit - Handlungsmöglichkeiten für mehr soziale Gerechtigkeit durch kommunalen Umweltschutz". Es werden konkrete Handlungsmöglichkeiten für den kommunalen Bereich aufgezeigt. Im Bereich "Verkehr und Lärm" wird als Vorbild die **Stadt Münster** vorgestellt, deren Städteplanung zu einer hohen Akzeptanz des ÖPNV und einem Rückgang der Verkehrsbelastung geführt hat.

http://www.duh.de/uploads/media/Dokumentationen_Umweltgerechtigkeit_02.pdf

Energieförderprogramm für Städte in Vorbereitung

Mit einem 15 Millionenprogramm sollen Investitionen von Städten und Regionen in nachhaltige Energieprojekte (u.a. Gebäudenachrüstung und Fernheizungen) unterstützt werden. Ansatzpunkt ist die Absichtserklärung des Bürgermeisterkonvents (siehe unter EUK 53.10) vom 10.02.2009, die EU – Zielmarke von 20% CO₂-Einsparung bis 2020 übertreffen zu wollen. Der Programmaufruf wird für Ende 2009 erwartet.

http://www.eumayors.eu/articles/show_en.htm?id=27

Beihilfe-Leitlinien für den Breitbandausbau veröffentlicht

Damit soll sichergestellt werden, dass die Gewährung von Beihilfen der öffentlichen Hand (einschließlich der Gemeinden) für die Breitband-Infrastruktur mit den EU-Beihilfavorschriften in Einklang stehen. In den Leitlinien wird u. a. erläutert, wie öffentliche Mittel für den Ausbau der Breitbandgrundversorgung einschließlich der Zugangsnetze der nächsten Generation (NGA) in Gebieten bereitgestellt werden können, in denen private Betreiber keine Investitionen tätigen.

http://ec.europa.eu/competition/consultations/2009_broadband_guidelines/guidelines_de.pdf

Förderung und Termine

"Jugend in Aktion" - Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Die EU - Kommission ruft zur Einreichung von Vorschlägen zu dem Programm "Jugend in Aktion" auf. Ziel ist die Unterstützung von Partnerschaften zwischen der Europäischen Kommission und Regionen, Kommunen und europäischen NGOs, die ihre langfristigen Aktionen, Strategien und Programme auf dem Gebiet des nicht-formalen Lernens und der Jugendpolitik weiterentwickeln und verstärken möchten. Insgesamt wurden hierfür Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro bereitgestellt. Bewerbungsfrist ist der 1. Dezember 2009.

Leitfaden, Formulare und weitere Informationen:

http://eacea.ec.europa.eu/youth/funding/2009/call_action_4_6_de.php

Übersicht über die Kulturförderung der EU

In der von der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Weberstraße 59a, 53113 Bonn) mit Unterstützung der Bundesregierung gestalteten Website werden die verschiedenen Förderbereiche informativ aufbereitet und ein Einstieg in die Förderungsschwerpunkte und Modalitäten der Antragstellung geboten. Daneben werden einzelne erfolgreiche Projektanträge beispielhaft dargestellt und Ansprechpartner für die einzelnen Programme benannt.

<http://www.europa-foerdert-kultur.info/>

Zukunft der Förderpolitik: Barca-Bericht

Die Diskussionen zur Regionalpolitik und die damit verbundene EU-Förderpolitik nach 2013 sind bereits im Gange. Der sog. "Barca-Bericht" wird für die Kommunen und die nächste EU-Förderperiode nach 2013 von entscheidender Bedeutung sein. Der Bericht vom April 2009 enthält künftige Leitlinien für die EU-Regionalpolitik und Empfehlungen für eine Reform auf der Basis von zehn „Säulen“. Die Bundesregierung hat eine deutschsprachige Zusammenfassung veröffentlicht.

http://www.rgre.de/pdf/zusammenfassung_barca_bericht.pdf

Regionales

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Greven, Strategiegelgespräch am FMO zur Flughafenkonkurrenz
- Bocholt, Eröffnung des Europe Direct Centers
- Rheine, Landesdelegierten Mittelstandsvereinigung
- Ibbenbüren, KMU im Europäischen Binnenmarkt
- Borken, EU-Antidiskriminierung, Umsetzung in NRW
- Münster, Podiumsdiskussion am Genokolleg Europa und Jugend
- Wahlkampf, Wahlkampf, Wahlkampf...

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Malteserhilfssdienst e. V. Drensteinfurt
- Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Arnoldinum Steinfurt
- Schülerinnen und Schüler der Geschwister-Scholl Schule Nottuln
- Mitglieder der Kolpingfamilie Rheine
- Mitglieder der Senioren-Union Warendorf
- Schülerinnen und Schüler der Privaten Handelsschule Middendorf

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Europäische Statistiken

Eurostat hat am 18. September sein Jahrbuch 2009 - "Europa in Zahlen" - veröffentlicht. Dieses Jahrbuch enthält eine Auswahl von mehr als 500 Seiten an Eurostat-Statistiken und erklärendem Text. Es handelt sich um ein Einführungsjahrbuch für die EU-Statistiken und ist ebenfalls ein Ratgeber für die Benutzung einer großen Anzahl von kostenlosen Daten im Internet. Das Jahrbuch bietet eine Sicht auf die Evolution der Schlüsselindikatoren der Union, der Eurozone und der Mitgliedsstaaten sowie - wenn verfügbar - der EFTA, der Vereinigten Staaten und Japan.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/1-18092009-AP/DE/1-18092009-AP-DE.PDF